

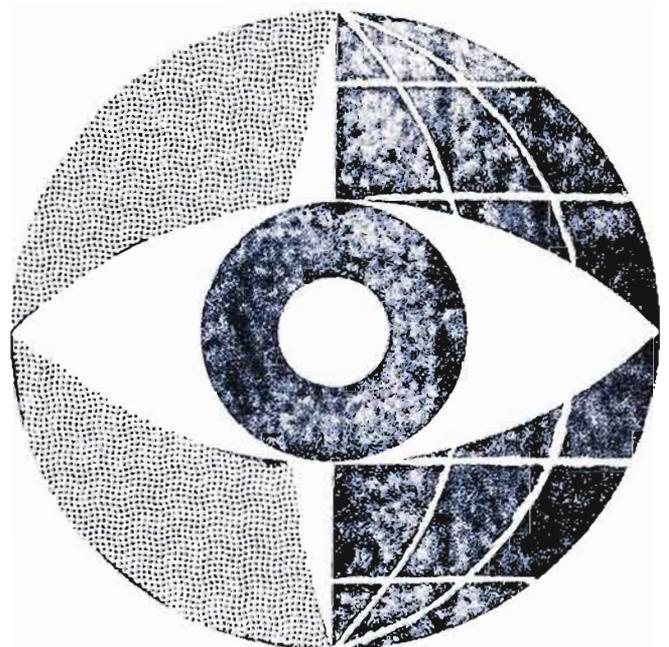
p.b.d.

Erscheinungsort: W I E N
Verlagspostamt: 1040 Wien

a

spekte

Zur Information	3
Antwort auf den Beschluß	4
Zum 21. August	7
F.J. Degenhardt "zu Frag" ...	9
... wieder ausgeladen	10
Ein Brief von Theodorakis ...	12
Referate der Sommerakademie..	15



Diskussion
Information
FÖJ

SONDERNUMMER

Das Politische Büro des ZK der KPÖ hat nachstehenden Beschluß gefaßt. Wir haben den Beschluß angefordert, diesen jedoch von der Partei nicht erhalten. Es ist uns gelungen eine Abschrift zu bekommen, die wir untenstehend im Wortlaut veröffentlichen.

Die Redaktion

R u n d s c h r e i b e n an alle Landes- und Bezirksorganisationen der KPÖ

Wien, am 3.8.1970

Werte Genossen !

Wir übermitteln Euch in der Anlage die beiden Beschlüsse, die das Politische Büro zur Aktivität einiger Kommunisten des "Tagebuch"-Kreises und der FÖJ gefaßt hat. Es handelt sich um Grundsatzbeschlüsse. Alle Landes- und Bezirksorganisationen sollen auf der Basis dieser Beschlüsse Aussprachen mit Genossen durchführen, die für das "Tagebuch" bzw. die FÖJ tätig sind. In Fällen, da Aussprachen negativ verlaufen, muß die Grundorganisation und die Bezirksleitung die nach dem Parteistatut notwendigen Beschlüsse fassen.

Wir ersuchen Euch, uns über die durchgeführten Aussprachen zu informieren.

Mit Parteigruß
f.d. Polit.Büro des ZK der KPÖ

Beschluß des Polbüros über die F Ö J

Der 21. Parteitag der KPÖ hat den Beschluß des ZK-Plenums vom Oktober 1969 über die Gründung einer Kommunistischen Jugendbewegung bestätigt und an alle noch in der FÖJ tätigen Kommunisten, an alle FÖJ-ler, die sich mit der Kommunistischen Partei verbunden fühlen, den Appell gerichtet, sich der Kommunistischen Jugend anzuschließen.

Seither hat eine Anzahl von Mitgliedern der KPÖ, die als Funktionäre der FÖJ tätig sind, im Gegensatz zu den Beschlüssen des 21. Parteitages ihre öffentlichen Angriffe gegen die KPÖ fortgesetzt. Sie nehmen auch zur KJÖ eine ablehnende Position ein. In den von ihnen herausgegebenen Materialien wird ein Konzept vertreten, das de facto die Umwandlung der noch bestehenden FÖJ, die früher eng mit der Partei verbunden war, zu einer gegen die KPÖ gerichteten Organisation vorsieht. Auch ihre praktische Tätigkeit ist auf die Verwirklichung dieser Linie ausgerichtet.

Die FÖJ wird so als Plattform für eine gegen die Partei gerichtete, fraktionelle Tätigkeit benützt. Auf Grund dieser Situation stellt das Zentralkomitee fest, daß eine weitere Tätigkeit in der FÖJ mit der Mitgliedschaft zur KPÖ unvereinbar ist.

Antwort auf den Beschluß

Die Sommerakademie der FÖJ ist aus dem Bedürfnis entstanden, sich von der gesamten Linken in Österreich ein konkretes Bild zu machen, um die historischen Ursachen ihrer Schwäche zu untersuchen.

Es war daher selbstverständlich, daß im Rahmen dieser Arbeit - die Funktion des Austromarxismus wie die Rolle der diversen linken Gruppen - auch die Stellung der KPÖ zu behandeln war. Dies veranlaßte uns, Genossen Wimmer E. einzuladen bzw. das Pol.Büro und das Wr. Sekretariat zu ersuchen, einen Referenten namhaft zu machen. Wir wollten, - daß die Stellung der KPÖ zur gegenwärtigen Situation der Linken von "kompetenter Seite" dargelegt wird. Umso unverständlicher war daher die Absage von Genossen Wimmer und die brüske Ablehnung seitens der leitenden Stellen der KPÖ, wo doch noch selbst am 21. Parteitag der KPÖ der Beschluß gefaßt wurde, mit den "verwirrten" FÖJ-lern zu diskutieren. Die Gründe dieser Haltung wurden am 5.8. ersichtlich, als Parteivorsitzender Muhri in einem Artikel in der Volksstimme "Eine notwendige Klarstellung" bewies, daß er die Kritik an seiner "schwankenden" Haltung beherzigt hat. Die Parteiöffentlichkeit wurde auf die kommende Ausschlußkampagne vorbereitet, denn bereits am 3.8. sandte das Polbüro einen parteiinternen "Grundsatzbeschluß" an alle Bezirksleitungen, in dem es heißt, daß "eine weitere Tätigkeit in der FÖJ mit der Mitgliedschaft zur KPÖ unvereinbar ist". Somit hatten jene Genossen, die an Hand von Fakten immer wieder aufzeigten, daß es der KPÖ-Führung derzeit nicht darum geht, einen gemeinsamen Weg zur Überwindung der Meinungsverschiedenheiten zu suchen, recht behalten.

Diese Vorgangsweise der KPÖ-Führung ist Ergebnis jener Entwicklung, die

wir als verhängnisvoll nicht nur für die KPÖ selbst, sondern für die gesamte Linke in Österreich bezeichnet haben. Wir haben unsere Haltung zu diesen Problemen oft genug - zuerst in der "Jugend 69" dann in den "Aspekten" - aufgezeigt.

Wir sprechen der heutigen Parteiführung der KPÖ, die nicht imstande ist, dem Versteinerungs- und Zerfallsprozeß der Partei entgegenzuwirken, das Recht ab, darüber zu befinden, wer Kommunist ist und wer nicht. Es ist doch bekannt, daß der Name einer Partei nicht unbedingt mit ihrer Praxis identisch ist, Maßgeblich für die Beurteilung, ob jemand Kommunist ist, scheint uns nicht das Mitgliedsbuch zu sein, welches heute die Zustimmung zur Politik der KPdSU voraussetzt, sondern maßgeblich dafür ist die aktive Anwendung und Durchsetzung der marxistischen Ideen, was unvermeidlich zur Ablehnung der Entartung, die es unter Stalin gab und unter Breschnew neuerlich gibt, zwingt.

Es ist für die Parteiführung bezeichnend, daß sie der geistigen Auseinandersetzung mit anderen Auffassungen aus dem Wege geht und daß sie es nicht für notwendig hält, sich mit den Ursachen des Rückgangs des Einflusses der KPÖ in der Öffentlichkeit, der Verminderung der Mitgliedszahlen von 140.000 auf 25.000 beschäftigt, sondern jene ausschließen läßt, die aus einer verfehlten Politik die Konsequenzen ziehen wollen.

Der Konflikt FÖJ-KPÖ ist nicht dadurch entstanden - wie Muhri den Mitgliedern der Partei einreden will - daß wir die Funktion der KPÖ negiert hätten, oder was noch widersinniger ist, Jung gegen Alt aufbringen wollten, sondern dadurch, daß wir die Notwendigkeit einer revolutionären kommunisti-

schen Partei erkennend, uns für einen echten Erneuerungsprozeß eingesetzt haben. Manche werden diesen Artikel als Ausdruck einer noch nicht überwundenen Partefixiertheit betrachten, dennoch glauben wir, daß die Beschäftigung mit den Angriffen, denen wir seitens der Parteiführung ausgesetzt sind, es uns erleichtert, unseren Standort zu bestimmen. Muhris Artikel hat bewiesen, daß der Versuch seitens der Parteiführung, die FÖJ umzubringen, gescheitert ist. Muhri liebt es, als Repräsentant des 19. Parteitags in der Öffentlichkeit aufzutreten und wirft uns vor, den Boden dieses Parteitages verlassen zu haben. Das Wesentliche und für die gesamte Linke in Österreich Interessante am 19. Parteitag der KPÖ war, daß die KPÖ ihren selbst erteilten Führungsanspruch aufgab und bereit war, als revolutionäre Kraft ihre Haltung sowohl zur SPÖ als auch zu anderen linken Gruppen zu überprüfen und gemeinsam mit ihnen einen Weg zum Sozialismus zu erkämpfen. Vorallem aber war wesentlich, daß die KPÖ sich ganz eindeutig als österreichische und zutiefst demokratische Partei erklärte.

Wir halten diese Grundeinstellung nach wie vor für richtig.

Allerdings sind wir der Meinung, daß mit der Nachjännerpolitik in der CSSR, und dem darauf folgenden Einmarsch der 5 Warschauer-Pakt-Staaten in die CSSR, durch den Konflikt am Usuri, mit dem Mai 1968 in Frankreich, der großen Studentenbewegung in Europa, mit der Ausweitung des Vietnamkrieges und der zunehmenden Faschisierung in den USA, um nur einige von vielen internationalen Fakten anzuführen, Ereignisse eingetreten sind, die neu verarbeitet werden müssen.

Auch für die innerösterreichische Entwicklung stellte das Ende einer 20-jährigen Koalition und die darauffolgende ÖVP und jetzige SPÖ-Regierung neue Probleme. Dies alles muß bei der Erarbeitung einer re-

volutionären Strategie miteinbezogen werden.

Die heutige Praxis der KPÖ widerspricht diesen Vorstellungen.

Ist aus dieser unseren Haltung ableitbar, daß wir an Stelle der KPÖ eine "nebulose" Linke setzen wollten ?

Wir haben uns mit der Beschuldigung, daß wir eine "nebulose" Linke wären, wiederholt auseinandergesetzt und eindeutig klargestellt, daß wir für eine revolutionäre Linke sind! Das Konzept einer revolutionären Linken schließt keine wirklich revolutionäre Gruppe aus. Wenn Muhri uns vorwirft, durch den Umbau der FÖJ die "besten Traditionen der früheren FÖJ", zu denen das Kampfbündnis mit der KPÖ gehörte, preiszugeben, so möchten wir darauf ganz klar antworten:

Die heutige KPÖ ist zwar dem Namen nach die gleiche Partei wie früher, aber der Inhalt ihrer praktischen Politik spiegelt deutlich den Rückfall in Positionen vor dem 19. Parteitag wieder.

Wir werden den von uns als richtig befundenen Weg weitergehen und unsere Haltung jeweils in der konkreten Situation an Hand der Realitäten festlegen.

Die Erfahrungen, die wir aus der Jugend- und Studentenbewegung gemacht haben, veranlaßten uns, eine marxistische Organisation der Jungen zu entwickeln. Es spricht für das Niveau der derzeitigen KPÖ-Führung, aus dieser Erkenntnis eine "Rechtsabweichung" herauszulesen. Mit Beschimpfungen und Ausschlüssen können zwar unliebsame Elemente gesäubert werden, aber die Probleme, die gestellt wurden, bleiben.

Sind wir Rechtsopportunisten ?

Der Hauptvorwurf der den "Rechtsabweichlern" und "Revisionisten" gemacht wird, bezieht sich im wesentlichen auf deren angeblich

"opportunistische Haltung" zur Sozialdemokratie.

Wir halten die grundsätzliche Auseinandersetzung mit der Sozialpartnerschaftspolitik der SPÖ sogar für sehr notwendig. Allerdings lehnen wir die primitive Entlarvungspolitik ab, wie sie die KPÖ in letzter Zeit vorallem durch die "Volksstimme", zum Ausdruck bringt, weil sie der Orientierung des 19. Parteitags, auf eine Differenzierung innerhalb der SPÖ Kurs zu nehmen, widerspricht, und weil diese Politik die KPÖ von den österreichischen Arbeitern und Angestellten auch weiterhin isoliert.

Wir sehen in der jetzigen Periode, wo die SPÖ die Regierung stellt, Möglichkeiten des Kampfes um Veränderungen in Österreich, die wir ausnützen sollten, um innerhalb dieses Kampfes die Grenzen aufzuzeigen, die eine systemintegrierte Sozialdemokratische Partei der Arbeiterbewegung abzustecken versucht.

In der Ausnützung dieser Möglichkeiten sehen wir eine Chance, mit anderen Gruppen und Kräften zusammen einen Kampf zu führen, eine Bewegung zu entwickeln.

In diesem Kampf besteht die Möglichkeit, daß linke Sozialisten und vorallem die jungen Genossen in der SPÖ, den Widerspruch und die Schädlichkeit der Sozialpartnerschaftspolitik der SPÖ erkennen und einen Prozeß der Bewußtseinsveränderung durchmachen, der für eine erfolgreiche Linkspolitik in Österreich unerläßlich ist.

In der Kritik an der SPÖ-Regierung ist die KPÖ bemüht, sogar die ÖVP noch rechts zu überholen und verwischt daher die Unterschiede, die es zwischen beiden im System integrierten Parteien ÖVP und SPÖ doch gibt.

In Wahrheit ist diese Politik eine scheinlinke Politik, die, unwillkürlich eine mögliche Rechtsablöse der SPÖ Regierung fördert, ohne die Linken zu stärken.

Der Widerspruch zwischen Theorie und Praxis, der in der letzten Periode in der KPÖ immer stärker in Erscheinung trat - Savak-Affäre, 1. Mai 1968 in Wien, Haltung bei Wahlen usw. - wurde gerade von unserer Seite immer wieder aufgezeigt und zu überwinden versucht. Es sei nur daran erinnert, mit welcher Skepsis die Forderungen nach Entwicklung einer außerparlamentarischen Bewegung, die Bemühungen, dem Wiener Wahlkampf einen neuen Charakter zu geben, aufgenommen wurde.

Zum Schluß zum lächerlichsten Vorwurf, der gegen uns erhoben wurde: das Abgehen vom "Internationalismus", Unsere Kritik an der KPÖ und im weiteren Sinne an der Sowjetunion fußt im wesentlichen darin, daß wir die aus sowjetischer "Staatsräson", gefaßten Entschlüsse nicht als Kriterium des Internationalismus betrachten.

Wir anerkennen die positive Rolle der Sowjetunion als dem stärksten Gegner des amerikanischen Imperialismus, aber sind wir deshalb verpflichtet, die Haltung der Sowjetunion in Fragen Indonesien, Griechenland, Lat. Amerika, Persien, Naher Osten kritiklos hinzunehmen?

Entschieden lehnen wir jede direkte Einmischung in die Angelegenheit anderer kommunistischer Parteien und linker Bewegungen ab. Unsere Praxis im Vietnambüro, in Fragen Griechenland usw. beweisen, daß wir uns bewußt sind, daß der Internationalismus wesentlicher Bestandteil des nationalen Kampfes sein muß.

Die FÖJ ist nach wie vor bereit, in konkreten Fragen mit allen linken Kräften, einschließlich der KPÖ, zusammenzuarbeiten.

Die FÖJ hat von sich aus nicht den Bruch mit der KPÖ herbeigeführt. Für die Ausführung des Politbürobeschlusses und den daraus folgenden politischen Konsequenzen trägt die derzeitige KPÖ-Führung die Verantwortung.

Bundesleitung der F Ö J

IMMER WIEDER CSSR

Gedanken zum 21. August

"Und wenn wir alle morgen von einem Erdbeben hinweggefegt werden sollten, so wird doch das, was zwischen Jänner und heute in der CSSR geschehen ist, weiter wirken und unauslöschlich bleiben", sagte Professor Eduard Goldstücker im Juli 1968 in einer Fernsehdiskussion des ORF.

+ + +

Jede Kommunistische Partei, die nicht imstande ist, den Widerspruch zwischen Wort und Tat zu überwinden, wird bei den breiten Massen in Mißkredit kommen. Dies gilt sowohl für jene KP, die um eine Gesellschaftsveränderung zu erreichen um die Unterstützung der Werktätigen kämpft, als auch erst recht für jene, die die Macht im Staat erobert haben. Gelingt es nicht, diesen Widerspruch zu überwinden, kann die Partei ihre Funktion nicht erfüllen und wird gleichzeitig unglaubwürdig.

Wir sehen das Verbrechen, welches am Sozialismus im August 1968 in der CSSR begangen wurde gerade darin, daß in einer Situation in der die KPTsch diesen Widerspruch zu überwinden begann, Panzer diesen Versuch zerschlugen. Für uns bedeutet Sozialismus mehr als die, die Arbeiterklasse verherrlichende Phrase bei gleichzeitiger Bevormundung derselben durch einen

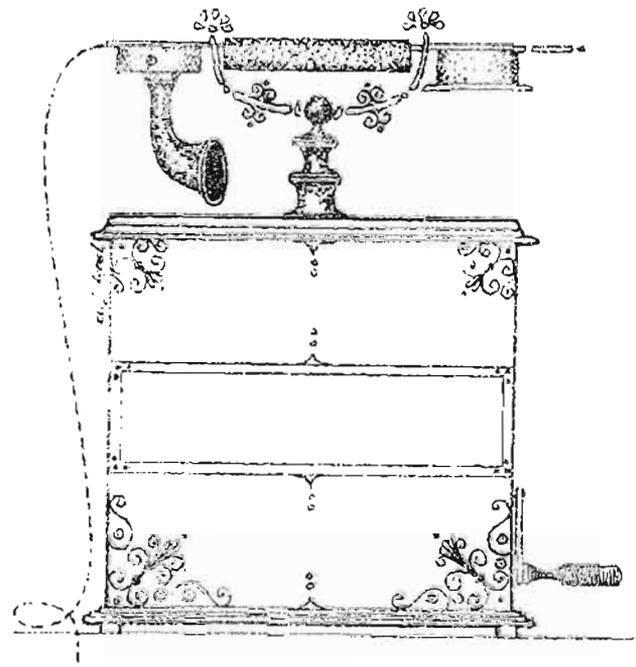
"aspekte" Diskussions- und Informationsblatt der Freien Österreichischen Jugend - Wien. Eigentümer, Herausgeber und Verleger: Freie Österreichische Jugend, für den Inhalt und die Vervielfältigung verantwortlich: Walter Kreithmaier, alle Wien 1040, Belvederegasse 10.

bürokratischen Parteiapparat. Unter sozialistischer Demokratie verstehen wir:

Einrichtungen zu entwickeln, die die direkte und schöpferische Mitarbeit des Menschen ermöglicht und nicht den Versuch, bürgerliche Parlamente schlecht zu kopieren.

Die Formel von der internationalen Solidarität bei gleichzeitiger Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten anderer Arbeiterparteien wird in goldenen Lettern geschrieben, aber leider noch oft gebrochen, weil man glaubt, daß dies die eigenen Interessen gebieten. Der Befreiungskampf der Völker der dritten Welt wird mit einem Heili-

Fortsetzung Seite 8



unsere neue Nummer:

ab 1. September, Belvedereg. 10,
täglich:

65 19 52

ab sofort, Odeongasse 1,
Dienstag und Freitag, 18 - 20 Uhr:

24 70 402

WIR LADEN EIN,

zu der am Mittwoch,
den 26. August 1970
stattfindenden Diskussion
über die weitere Arbeit
der FÖJ.

Fortsetzung von Seite 7

genschein umgeben, aber wenn es ihrem außenpolitischen Konzept entspricht, unterstützt die Sowjetunion auch die reaktionärsten Regimes. Der neue sozialistische

Mensch und seine hohe Moral werden proklamiert und gleichzeitig feiert die Biedermannverlogenheit des vorigen Jahrhunderts fröhliche Urstände.

Daß die Nichtüberwindung dieser Widersprüche nicht zwangsläufig im Wesen des Sozialismus liegt, sondern eine Entartung darstellt, ist uns allen klar. Die Geschichte der internationalen Arbeiterklasse ist voll mit glanzvollen Beispielen, die dies belegen. Der Kampf vieler kommunistischer Parteien gegen den Hitler-Faschismus und ihrer historischen Rolle in den nationalen Befreiungskämpfen ist unbestritten. Die 14 Länder, in denen heute kommunistische oder Arbeiterparteien die Macht erkämpft haben, gehen oft unterschiedliche Wege. Dies ist gut so und nur natürlich, da auch die Voraussetzungen grundverschieden sind.

Es ist kein Zufall, daß in den letzten Jahren unter der rebellierenden Jugend neue Vorbilder aufgetaucht sind. Ho Tsch Minh, Che Guevara, Fidel Castro aber auch Lenin, Luxemburg und Liebknecht waren Revolutionäre, bei denen Wort und Tat eine Einheit bildeten. Daher sind sie heute noch glaubwürdig und imstande mitzureißen, zu überzeugen.

Der 20. Parteitag der KPdSU und die kurze Zeit danach gab Anlaß zur

Hoffnung, daß in der Sowjetunion, die Macht der verselbständigten Apparate wieder der sozialistischen Demokratie weicht. Doch diese Hoffnung währte nicht lange. Die gegenwärtige Führung der KPdSU stützt sich lieber auf Gesetze, Richter, Polizei und Geheimdienste als auf die eigene Arbeiterklasse. Wen wundert es also, wenn sie kaum Vertrauen in andere kommunistische Parteien und revolutionäre Bewegungen hat und daß es umgekehrt nicht viel besser ist.

Der sogenannte Prager Frühling war nichts anderes als der Versuch einer mit den Massen verbundenen Parteiführung die Prinzipien der sozialistischen Demokratie, in Übereinstimmung zwischen Wort und Tat, zu verwirklichen. Daß dieser Versuch von der Führung der KPdSU mit Militärgewalt zunichte gemacht wurde, bedeutet einen gewaltigen Rückschlag der sozialistischen Bewegung, aber nicht ihr Ende. Im Gegenteil, der Weg, den die KPTsch ging, solange sie nicht vor außen daran gehindert wurde, ist und bleibt eine Hoffnung und ein Ruhmesblatt der europäischen sozialistischen Bewegung. Die Zeit in der die Geschicke aller sozialistischer Länder und aller Arbeiterparteien von Moskau aus gelenkt werden, ist endgültig vorbei.

Dies beweist der Prager Frühling und die Reaktion in der ganzen fortschrittlichen Welt auf den 21. August. Dies beweisen tagtäglich die Kommunisten in Cuba, Spanien und Griechenland, aber auch die Genossen in Jugoslawien, Rumänien und Volkschina. Je eher dies die sowjetischen Genossen begreifen werden, desto besser wird es für sie und die Sache des Sozialismus sein.

Brunner Herbert

P.S.

Was die bürgerlichen und sozialdemokratischen Kritiker der Intervention in der CSSR von Strauß bis Kreisky betrifft kann ich nur Genossen F.J. Degenhardt für sein Lied "zu Prag" danken.

Seit Tagen
rufen sie bei mir an,
die Beobachter von Mißständen
aus Funk- und Zeitungs-
und anderen Häusern.
Degenhardt, sagen sie,
oder vertraulich Väterchen,
Nun, was sagen sie jetzt
zu Prag?
Ach die widern mich an.
Endlich, endlich
dürfen sie die in Jahren hinuntergewürgte,
dürfen sie Kritik
hinauskotzen,
diesmal darf man vom Leder ziehen
zu Prag.
Beifällig nicken Verleger und Intendanten.
Und wir, Freunde,
es scheint, wir haben gut gearbeitet.
Denn hört euch diese Typen an,
die Vorsitzenden der Aufsichtsräte,
die Vorstände und Herren der Konzerne
und deren Sachverwalter
auf Regierungs- und anderen -bänken.
Sie sind empört,
weil der Aufbau des Sozialismus
gehemmt worden ist
zu Prag.
Sie trauern
und sprechen von Scham,
die Stalingradkämpfer,
die Makler und Generale
und deren Sachverwalter
in Zeitungs- und anderen Häusern.
Sie trauern,
weil der Sprung, voller Wagnis,
auf eine höhere Stufe des Sozialismus
nicht stattfinden durfte
zu Prag.
Nein,
wir hören genau hin.
Sie sagen "das goldene Prag".
Und wenn die Gold sagen,
meinen sie Gold, die Herren,
die den Vorfall in der Schweinebucht
peinlich,
den Vorfall in Santa Domingo
gelungen,
den Vorfall in Griechenland
überhaupt nicht benennen.
Nein, mit diesen Herren
(und mit den Herren ohne Eier, versteht sich)
teilen wir nicht unsere Wut
über den Sieg der Panzer
zu Prag.
Rußland, Mütterchen Revisionismus,
wir sind lange noch
auf dich angewiesen
fürcht ich.

**ZU
PRAG**

... es kann nicht sein,
was nicht sein darf !
darum

...wieder ausgeladen

Bekanntlich hatten die Ungarischen Gewerkschaften zwei 10-köpfige Jugenddelegationen nach Ungarn eingeladen. (Siehe "Aspekte" Nr. 34 .. 1. Juni 1970)
Auf Einspruch der Kommunistischen Jugend Österreichs wurde die Einladung von den Ungarischen Gewerkschaften zurückgenommen. - Wie kam es dazu ? -

Die Urlaubs- und Studiendelegationen d. GE wurden bisher durch das Büro der Gewerkschaftlichen Einheit organisiert. Kollege Roman Kuntner - Verantwortlicher der Jugendfraktion im Büro der GE - hatte gemeinsam mit dem Sekretär Kollegen Karl Laub die Organisation übernommen und ist wie alljährlich auch an die FÖJ herantreten, junge Arbeiter für diese Studiendelegation zu gewinnen.

1. Einspruch seitens der KJÖ: - Auch sie wolle eine Studien-Delegation stellen.
Kollege Laub ersucht die KJÖ, die Delegation für Juli vorzubereiten, da für die August-Delegation von der FÖJ bereits Kollegen angemeldet sind.
Die KJÖ lehnt wegen der kurzen Zeitspanne ab.
Kollege Laub ersucht die Ungarischen Gewerkschaften, beide Delegationen im August zu empfangen.
Es folgt lange keine Antwort.

Am 17.7.1970 Telex aus Budapest: "Wir empfangen die Jugendgruppen gleichzeitig vom 24. bis 31. August."
In Vertretung des erkrankten Kollegen Laub richtete Genosse Kodicek an die FÖJ und KJÖ gleichlautende Schreiben mit der Bitte mitzuteilen, ob die betreffenden Organisationen in der Lage sind, die Terminverschiebung in ihren Vorbereitungen einzukalkulieren, damit die Durchführung der Delegation auch gewährleistet wird.
Die FÖJ beschließt sich zu bemühen, die Delegation trotzdem zustande zu bringen.
Binnenkurzer Zeit sind 6 Kollegen fix. (4 Lehrlinge von der BROWN Boveri und junge Arbeiter.

Am 30. Juli 1970 richtet die KJÖ einen Brief an die Fraktion der "Gewerkschaftlichen Einheit" in dem sie mitteilt, daß sie sich außerstande sieht, die Delegation vorzubereiten. Die KJÖ schlägt nach Prüfung der ganzen Angelegenheit vor, die Entsendung von nur 'einer Jugenddelegation' auf das Jahr 1971 zu verschieben.
Wörtlich heißt es im Schreiben der KJÖ weiter:
"Sollte aber der Plan bestehen, unter dem Namen der Fraktion die schon früher geplante Reise der FÖJ zu verwirklichen, protestieren wir dagegen und sind überzeugt, daß wir dies auch in Übereinstimmung mit unserer Partei tun."

f.d. KJÖ / Karl Lerch /
/Josef Möbs /

Am 5. August 1970 erhält die Fraktion der GE vom Zentralrat der Ungarischen Gewerkschaften folgenden Brief:

Liebe Genossen !

Aus dem an Sie gerichteten und auch uns übermittelten Schreiben der KJÖ können wir entnehmen, daß bei der Zusammensetzung der von uns eingeladenen Jugenddelegation Schwierigkeiten auftauchten.

Nachdem wir uns in Ihre inneren Angelegenheiten mit unserem Entscheid oder unserer Stellungnahme auf keinerlei Art und Weise, auch nicht indirekt, einmischen wollen, empfangen wir diese Jugenddelegation in diesem Jahr nicht und bitten Sie, die Reise auf 1971 zu verschieben.

Die übrigen Delegationen erwarten wir mit Liebe und hoffen, daß ähnliche Schwierigkeiten nicht auftauchen werden.

Mit kameradschaftlichem Gruß

Gabor Mõnus

Leiter der Abt. Internationale
Verbindungen

Auf dieses Schreiben antwortete die Fraktion der GE wie folgt:

Werte Kollegen!

Wir erhielten Euer Schreiben (Poststempel 5. August), in dem uns mitgeteilt wird, daß auf Grund eines Schreibens der K.J.Ö. die Jugenddelegation in diesem Jahr nicht empfangen wird.

Wir bedauern, daß der Zentralrat der Ungarischen Gewerkschaften sich mit dieser Entscheidung insoferne in unsere Angelegenheiten eingemischt hat, weil ohne Konsultation mit uns dem Protest und dem Verlangen der KJÖ Rechnung getragen wurde.

Diese Entscheidung ist umso schwerwiegender, als die Vorbereitung der zweiten Delegation über die Jugendfraktion der Gewerkschaftlichen Einheit vor dem Abschluß stand und wir nun die Kollegen davon informieren müssen, daß durch Eure Entscheidung die Delegation unterbleiben wird.

Mit gewerkschaftlichen Grüßen

/Kodicek/

Die FÖJ mußte daraufhin ihren bereits fixierten Teilnehmern mitteilen, daß die Studiendelegation nicht stattfinden kann. (Auszug aus der Korrespondenz, die uns das Mitglied des Büros der GE Kollegen Kuntner zur Verfügung stellte.)

Ein Brief von

THEODORAKIS

Über London erreichte uns folgender Brief des Präsidenten der Lambrakis-Jugend Mikis Theodorakis an den Weltbund der Demokratischen Jugend.

An das Exekutivkomitee des WBDJ

Liebe Freunde !

Ich erfahre soeben von Eurem Beschluß als Mitglied des WBDJ eine tatsächlich nichtbestehende Organisation der griechischen Jugend aufzunehmen, die den Namen trägt : Kommunistische Jugend Griechenlands.

Da sich mein Gesundheitszustand verschlechtert hat, konnte ich Euch nicht früher schreiben Euch unsere Meinung, zu dieser Angelegenheit mitteilen. Es dürfte Euch bekannt sein, daß die einzige fortschrittliche Organisation (im Text "Avantgardeorganisation") der griechischen Jugend gegenwärtig die demokratische Jugend "Lambrakis" ist. Diese Organisation war bisher, sie ist gegenwärtig und wird in Zukunft so wie in der Vergangenheit an der Spitze aller großen Freiheitskämpfe der griechischen Jugend stehen. So steht sie auch jetzt in den ersten Reihen des Widerstandskampfes der Patriotischen Front, der Patriotischen Front der Jugend, der "Righas Feraios", den Avantgardeorganisationen des Widerstands des griechischen Volkes und der griechischen Jugend. Die dogmatische Tätigkeit der Gruppe Kolijannis der sich bemühte die demokratische Lambrakis-Jugend für die fraktionistische Linie zu gewinnen sind gescheitert.

Ihr wißt sicherlich, daß sich das gesamte Präsidium und der Zentralrat der Demokratischen Lambrakisjugend (ausgenommen ein bis zwei Fälle) sowie fast alle Mitglieder und Aktivisten der Demokratischen Lambrakisjugend gegen diese Gruppe ausgesprochen haben. Das hat sie dazu veranlaßt auf dem Papier eine "andere" Jugendorganisation der Linken zu gründen, die sie Kommunistische Jugend Griechenlands genannt haben, in der Überzeugung, daß es ihnen auf diese Art gelingen wird eine Spaltung der Kräfte unserer heldenhaften Jugend herbeizuführen, die in der ersten Reihe des Kampfes gegen die Diktatur steht.

Dieser Versuch ist ins Leere gegangen. Heute mehr als je in der Vergangenheit hält sich die fortschrittliche griechische Jugend an die ihnen bekannten Führer der

Lambrakisten, die alle in der Illegalität, gegenüber der Geheimpolizei, bei den Folterungen, in den Gefängnissen und im Exil ihre Bewährungsprobe bestanden haben. Sie waren würdig den Traditionen unseres heldenhaften Volkes. Viele von ihnen wurden zu Märtyrern und zu Helden der griechischen Jugend.

In diesen für die griechische Jugend bedeutsamen Augenblicken in welchen sich die Demokratische Lambrakisjugend aufopfert und jeden Tag ihren historischen Kampf führt, ist es traurig, ja sogar tragisch, daß der WBDJ, dem wir so oft unsere Freundschaft bewiesen haben und mit dem uns als Ergebnis der gemeinsamen Kämpfe in der Vergangenheit so zahlreiche Fäden verbinden, sich durch diesen Beschluß jetzt dazu hergibt einer fraktionistischen Gruppe von Griechenland so wie von der griechischen Wirklichkeit der Widerstandsbewegung völlig isoliert ist als Instrument einer spalterischen Politik zu dienen. Wir haben Euch durch den Vertreter der Demokratischen Lambrakisjugend beim WBDJ, den Genossen Pangalos, über diese Angelegenheit ausführlich informiert und alles gemacht was möglich war um zu verhindern, daß ein Beschluß in dieser Richtung gefaßt wird. Deshalb muß ich Euch sagen, daß ich Eure Beharrlichkeit diesen Beschluß anzuwenden als einen direkten Angriff auf alle Lambrakisten ansehe, die sowohl in Griechenland als auch im Ausland nur ich zu vertreten bevollmächtigt bin in meiner Eigenschaft als Präsident, der gemeinsam mit dem Zentralrat seine Tätigkeit in der Illegalität fortsetzt.

Diese Tatsache zwingt mich, nachdem ich mich vorher mit dem Zentralrat der Demokratischen Lambrakisjugend verständigte, zu folgenden Feststellungen:

- 1.) Euch unseren entschiedenen Protest bekanntzugeben und
- 2.) im Namen der demokratischen Jugend in aller Form zu verlangen, daß das Exekutivkomitee des WBDJ in seiner nächsten Sitzung seinen Beschluß hinsichtlich der sogenannten Kommunistischen Jugend Griechenlands, als einer nichtbestehenden Organisation überprüft, die objektiv darauf ausgerichtet ist die Widerstandsbewegung zu spalten und die schon bestehenden großen Schwierigkeiten zu vergrößern.

Was unsere Teilnahme am WBDJ betrifft, werden wir eine Haltung einnehmen, die der Würde unserer Organisation und dem Namen den sie trägt entspricht, einer Würde die übereinstimmt mit den Interessen des Kampfes gegen die faschistische Diktatur in unserem Lande und gegen jene die sie in der ganzen Welt unterstützen.

Freundschaftliche Grüße

Mikis Theodorakis

Rom, 10. Juni 1970

NS: Bei dieser Sitzung der WBDJ-Exekutive wurden insgesamt 14 neue Jugendorganisationen aufgenommen. Darunter war auch die KJÖ.

REFERATE

DER NEUFELDER - SOMMERAKADEMIE DER FÖJ

Thema: Referent: Ref.Nr:

Von der Gründung der Habsburgischen Hausmacht bis zur Gegenreformation - die Heilige Allianz - Niederschlag der bürgerlichen Revolution 1848 -	Z.Patka L.Gyömörey	1 1	a b
Gründung der Sozialdemokratie bis zum 1. Weltkrieg	L.Spira	1	c
Zerfall der Monarchie 1914 - Austromarxismus - Gründung der KPÖ - bis zur Macht ergreifung Hitlers 1933	J.Hindels	2	
Faschismus in Österreich 1933 bis 1938	Dr.W.Fischer	3	a
2. Weltkrieg - Zerschlagung des Faschismus - Befreiung 1945	J. Meisel	3	b
Die ersten Jahre der 2. Republik bis 1949	H. Altmann	3	c
Österreich von 1949 bis 1955 - Auswirkungen des Kalten Krieges - Aspekte der internationalen Politik	L.Spira J. Kostmann	4 4	a b
Österreich 1949 bis 1955 - Auswirkungen des Kalten Krieges, Aspekte der internationalen Politik -	L. Spira	5	
Zur gegenwärtigen Situation der Linken in Österreich, mit Co-Referaten von Peter Hallstein (Revolte), Wicha (SJ) sowie einigen Diskussionsbeiträgen	Z. Patka	6	
Generationskonflikt - Ausdruck einer spezifischen Form des Klassenkampfes in der Situation einer total veränderten und im Umbruch befindlichen Welt ?	P. Kolm	7	
Revolutionäre Praxis in Österreich - Fragen der künftigen Perspektiven	F. Marek	8	
Fragen der Organisation und Strategie	H. Margulies	9	

Bestellungen an: F Ö J - Zentrum, 1040 Wien, Belvederegasse 10

pro Stück S 2.--